



„Bürgerbeteiligung“ in Stuttgart

Ein ernüchterndes Beispiel ist der Neckarpark in Bad Cannstatt.

■ Seite 04

S 21 ist eine unheilbare Fehlplanung

Der Schlichterspruch aus der Filderperspektive.

■ Seite 07



Wir sind das Stuttgarter Demokratiemodell!



Gangolf Stocker SÖS,
 Stadtrat SÖS und LINKE
 und Sprecher der Initiative
 „Leben in Stuttgart“

Heiner Geißler im Spiegel (49/2010):
 „Wenn das alles jetzt so realisiert wird,
 wie ich es vorgeschlagen habe,
 dann ist der Tiefbahnhof auch nicht
 mehr ganz so schlimm.“

Gut, Herr Geißler, dass Sie damit S21 als Murks bezeichnen. Aber für ein bisschen weniger Murks wollen die Stuttgarter nicht ihren Bahnhof und Park opfern. Beim Faktencheck kam auf den Tisch: Die „Magistrale Paris-Bratislava“ entpuppte sich als Werbe-Phantom, für den Güterverkehr bringt S21 nichts, der Nahverkehr verschlechtert sich, ein funktionierender Fahrplan existiert nicht, die Gutachten zu den Mineralquellen bleiben geheim (warum?), die Kosten werden weiter explodieren. S21 Plus ist der dokumentierte Offenbarungseid für S21. S21 Plus ist Murks Plus. Und Herr

Geißler musste zugestehen: K21 ist eine Alternative. Viele fragen sich: Warum wird an diesem Murks festgehalten? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich nur die gesamte Bahnpolitik der letzten Jahre anschauen. Oberstes Kriterium war nie der bessere Bahnverkehr, sondern einzig die schnellste Profitsteigerung. Dafür bedienten sie sich an der Substanz. Mit den bekannten Ausmaßen: Ausdünnung des Schienennetzes, S-Bahn-Desaster in Berlin, Sauna-Züge im Sommer, Chaos im Winter. Mittelgroße Städte waren tagelang vom Bahnnetz abgehängt. Bahnhöfe sind vielerorts in völlig verkommenen Zustand. Auch S21 ist ein Ergebnis dieser Raubbau-Politik. Drei Hauptinteressen bestimmen S21: Immobilienvermarktung, eine umweltfeindliche Verkehrsplanung, die den Güterverkehr auf der Straße bevorzugt und den Nahverkehr einschränkt – die Autolobby frohlockt, Milliarden für die Bauindustrie. Die Immobilienlobby wird repräsentiert von OB Schuster und Tanja Gönner, die Autolobby vom ehemaligen Daimlervorstand Rüdiger Grube, die Baulobby von Lothar Späth. Und die Banken stecken überall mit drin. Uns geht es angesichts der Zukunft unserer Stadt und des Klimawandels um ein Umsteuern in

der gesamten Verkehrspolitik: Personen- und Güterverkehr auf die Schiene. K21 ist deshalb ein Zukunftsprojekt, S21 ein reines Profitprojekt. Aber es geht vor allem auch um Demokratie. Was war denn der Sinn der Faktenchecks? Das hat Herr Geißler selbst definiert: „Die Schlichtung war auch moderne Aufklärung im besten Sinne von Immanuel Kant: Menschen zu befähigen, sich aus unverschuldeter Unmündigkeit zu befreien.“ Kant schrieb im 18. Jahrhundert gegen absolutistische Herrschaft. Kant fügte an: „Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Dies ist der Wahlspruch der Aufklärung. Und ihren Verstand haben aufgeklärte Stuttgarter benutzt.

„Aber es geht vor allem auch um Demokratie.“

Am 30.09.2010 wollte Mappus den Verstand wegprügeln lassen, in alter preußisch absolutistischer Tradition. Ein Fehlschlag. Wir sind aufgeklärt, jetzt auch über das wasserwerfende Demokratieverständnis der Regierenden. Und die aufgeklärte Ausgubrt unseres Verstandes – K21 – wurde durch 80 Stunden Faktencheck als vernünftige Alternative bestätigt. Im kantianischen | Seite 21

von Seite 1 | Sinn – Kopfbahnhof 21, Bahnhof mit Vernunft. Aber eine Abstimmung soll uns per Schlichterspruch untersagt werden. Absolutismus auf Samtpfoten. **Heiner Geißler hatte für seinen Basta-Spruch keinerlei Mandat.** Grube, Mappus und Gönner wurden von ihrer Hauptsorge befreit, dass das Volk mitreden und mitentscheiden darf. Mit dem Schlichterspruch ist es nicht gelungen, uns die Initiative aus der Hand zu nehmen. Das macht Mut. Ganz Deutschland schaut auf uns, ob wir durchhalten und zeigen: Das Stuttgarter Demokratiemodell sind wir Bürger. Wir werden den Wahlkampf nutzen, um in Stuttgart und auf dem Land weitere Überzeugungsarbeit zu leisten: K21 ist die Alternative, und dazu muss eine Volksbefragung stattfinden. In seinem Abschlussplädoyer beim Faktencheck hat Hannes Rockenbauch gesagt: „K21 steht für eine intelligente, soziale und ökologische Stadtentwicklung, die an die ganze Stadt denkt und die heute und nicht erst in 10 Jahren



beginnt. Für unsere Stadt lohnt es sich, oben zu bleiben! Mit der neu gewonnen Leidenschaft der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigene Stadt können wir eine Stadt gestalten, die Stuttgart 21 gar nicht nötig hat. Wer aber glaubt, er könne die Menschen in dieser Stadt mit einer wei-

teren Alibi-Beteiligung abspesen, der beweist nur, dass er seine Bürgerinnen und Bürger schlecht kennt. Die stolzen und selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger von heute wollen selbst entscheiden, ob wir unter die Erde kommen oder oben bleiben.“ |gs|

Diese Regierung ist für diese Stadt, dieses Land nicht mehr tragbar

Aus der Rede von Volker Lösch am 10.01.2011

Liebe Mitstreiter,
Liebe Mitstreiterinnen,
dann lasst uns am 27. März Geschichte schreiben!

Eine Regierung, die nicht dazu bereit ist, Fehler einzugestehen, sie lückenlos aufzuarbeiten und die Konsequenzen daraus zu ziehen, eine Regierung, die den Bürger kriminalisiert, anstatt ihn zu schützen, die unbelehrbar in der Falle ihrer lobbyistischen Verpflichtungen festsetzt, eine Regierung, die etwas, was seit fast einem Jahrhundert funktioniert, zerstören will, und etwas, was nicht besser funktioniert und sündhaft teuer ist,

mehr als zehn Jahre lang wider besseren Wissens bauen möchte, hat jede Glaubwürdigkeit verloren!

Diese Regierung übernimmt keine Verantwortung – sie ist im Sinne des Wortes verantwortungslos und sie sollte auch keine Verantwortung mehr übertragen bekommen, diese Regierung ist für diese Stadt, dieses Land nicht mehr tragbar, sie gehört abgewählt – und in die Opposition!

Eine Abwahl der amtierenden Regierungskoalition sollte aber nicht ohne Bedingungen an eine neue Regierung über die Bühne gehen, nicht ohne einen klaren Wählerauftrag!
Eine neue Mehrheit im Stuttgarter Land-

tag muss eine direkte Befragung der Bevölkerung über S21 ermöglichen! Wie sie das im Einzelnen macht, ist ihre Sache – sie hat dann aber einen Wählerauftrag umzusetzen! Und der lautet: sofortige Befragung der Bürger der Stadt Stuttgart über S21: Zur Erreichung dieses Ziels werden wir die Gegenöffentlichkeit weiter ausbilden. Neben den Montagsdemonstrationen wird es bis zur Landtagswahl **drei Großdemonstrationen** geben, am **29. Januar**, am **19. Februar** und am **19. März!**

Dann sind **Aktionstage gegen S21** im ganzen Land geplant, am **5. Februar** mit “Campact”, und am **5. März** der landesweite “kein Stuttgart21-Tag”.

Wir müssen mit unseren besseren Argumenten den Leuten im Land klarmachen, dass das, was in Stuttgart vergraben wird, bei ihnen beim Verkehrsausbau, bei den Kindergärten und Schulen fehlen wird! Dass das Milliardengrab Stuttgart 21 viele andere wichtige und notwendige Bahnprojekte im ganzen Land verhindert und auffrisst! An diesem Tag sollen in allen 70 Wahlkreisen in Baden-Württemberg – zeitgleich dezentrale Aktionen oder Demonstrationen stattfinden. Das Aktionsbündnis, die Parkschützer und andere werden zu diesem Zweck Kommunikations- und Vernetzungsplattformen aufbauen. Informationen gibt es auf den jeweiligen Websites, wer mitmachen möchte, meldet sich bitte dort.



Volker Lösch ist Regisseur.

Er arbeitet in Hamburg, Bremen, Berlin, Montevideo und Stuttgart, wo er auch lebt.

Fortschritt?

Heiner Geißler stellte bei den Gesprächen im Rathaus zufrieden fest: „Beide Seiten wollen schneller nach Ulm!“. Und Kefer triumphierte: „Mit Stuttgart 21 kann man in Ulm wohnen und in 30 Minuten nach Stuttgart zur Arbeit fahren!“

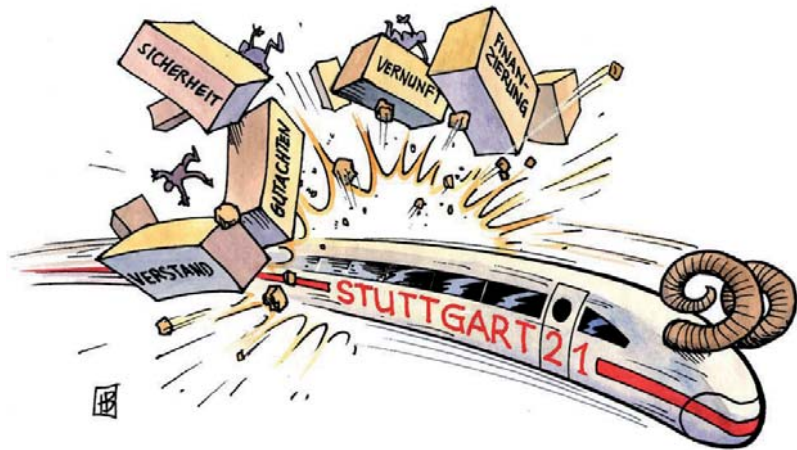
Wenn das nicht Fortschritt ist! Wenn Leute in Ulm oder Mannheim wohnen und in Stuttgart arbeiten können! Für mich ist das eine Horrorvorstellung. Der schnellste Weg in den Klima-Kollaps! Warum wagte es niemand von unseren Leuten, mit dem Tanja-Gönnerspruch „das kann ich nicht so stehen lassen!“ diesen Tempowahn zu denunzieren? Aus Angst vielleicht vor dem Totschlag-Argument: „Ja, bist du denn gegen den Fortschritt? Willst du zurück in die Steinzeithöhlen?“

„Solidarisch wirtschaften statt in Konkurrenz.“

Ein oder zwei Millionen Jahre hat die Menschheit in der Steinzeit gelebt. Im Einklang mit der Natur. Seit ein paar Jahrhunderten leben wir im Kapitalismus. Akkumulation als Selbstzweck. Zerstörung der Natur. Inzwischen haben uns die „Sachzwänge“ des globalisierten Finanzmarkts fest im Griff.

„Im Einklang mit der Natur und nicht auf ihre Kosten.“

Turbo-Kapitalismus: immer höher, schneller, weiter! Unsere Zukunft? Düstler wie nie. Unsicher wie ein Lotteriespiel. Doch, eines zumindest ist sicher: In 100 Jahren werden keine menschlichen Wesen mehr auf der Erde leben. Weltklima zerstört. Wasser, Boden, Luft vergiftet. Land und Ozeane vermüllt. Wenn wir so weitermachen. Wenn wir nicht das Steuer herumreißen. Wenn wir



nicht einen radikal anderen Weg einschlagen: Uns von der Logik des Kapitalismus befreien. Solidarisch wirtschaften statt in Konkurrenz. Im Einklang mit der Natur und nicht auf ihre Kosten.

Wenn wir zu Hunderttausenden gegen Stuttgart 21 aufstehen, dann bestimmt nicht nur deshalb, weil wir eine billigere Lösung wollen, um schneller nach Ulm zu kommen. Sondern weil wir alle spüren: So darf es nicht weitergehen! Sicher, wir haben tausend verschiedene Vorstellungen, wie wir leben wollen, ohne die Natur und die Zukunft unserer Kinder kaputt zu machen. Unsere Ideen, Vorschläge und Träume müssen wir formulieren, austauschen, ausprobieren können. Ohne Selbstzensur. Mit intellektueller Redlichkeit. Und niemand von uns hat so wenig Phantasie, dass er sich unter „Kein Stuttgart 21!“ nichts anderes vorstellen kann als „zurück in die Steinzeit!“ [is]

Anmerkung der Redaktion:
In seinem Abschlussplädoyer beim Faktencheck greift Hannes Rockenbauch genau diesen „Höher, Schneller, Weiter“-Wahn auf und kritisiert scharf die Regierung Mappus für ihre unökologische und unsolidarische Wachstumspolitik.

Stuttgarter Stadtplanung: Versprechungen in die Zukunft

Man glaubt es kaum, was Baubürgermeister Hahn für hehre Vorsätze bei der Schlichtung in die Welt setzte, um aus dem Stuttgart 21 Chaos herauszukommen. Die Bebauungsflächen sollen dem Griff der Investoren entzogen werden, klein parzellig, familien- und kinderfreundlich soll gebaut werden. Auf den Vorhalt, dass die Grundstückspreise auf den frei werdenden Gleisflächen im Jahr 2020 unbezahlbar hoch bei mehreren Tausend Euro pro Quadratmeter liegen werden, kommen Glaubensbekenntnisse: da werde die Stadt auf jeden Vermarktungsdruck und Profit verzichten. Ja eine Stiftung solle darüber wachen. Das ist ganz schön dick aufgetragen. Aber wir würden das gerne glauben wollen, wenn nicht heute das pure Gegenteil geschähe: ob beim Hotel Silber/Da Vinci, Quartier S oder der Villa Berg, überall heißt es: Vorfahrt für die Investoren. [hp]

Das Abschlussplädoyer von
Hannes Rockenbauch finden
Sie unter: www.s-oe-s.de

KEIN STUTT GART 21

Samstag 5. März 2011
in Deinem Wahlkreis

TAG

OBEN
BLEIBEN
kein
Stuttgart 21



Machen Sie mit!!!
Helfen Sie bei der
landesweiten Vernetzung!!!

Wenn Sie die Organisation in Ihrem Wahlkreis übernehmen möchten, melden Sie sich unter:
info@keinstuttgart21tag.de

Werden Sie aktiv in Ihrem Wahlkreis und vernetzen Sie sich unter:
www.parkschuetzer.de

Bürgerbeteiligung in Stuttgart am Beispiel des Gebiets Neckarpark

Zur Ausgangssituation: Das Gebiet „Neckarpark“ umfasst ein Gelände von insgesamt ca. 55 Hektar, vom Cannstatter Wasen über den ehemaligen Cannstatter Güterbahnhof, Schleyerhalle, Neckarstadion bis zum Mercedes-Museum. Hier interessiert das Gelände des ehemaligen Cannstatter Güterbahnhofs. Für die olympischen Spiele 2012 sollte dort das olympische Dorf entstehen, weshalb die Stadt Stuttgart das Gelände von der Deutschen Bahn AG im Jahr 2001 erwirbt.

In der Folge wird mit Unterstützung des Bundes und der EU im Rahmen von 3 Projekten – „Revit“ zur Untersuchung von Altlasten, „Bildung als Motor der Quartiersentwicklung“ und „Wohnen am Vielbrunnen – Low Energy als Standortfaktor“ ein durchaus zukunftsweisendes Konzept entwickelt.

➤ Gegen Ende der Projektphase fand eine Informationsveranstaltung statt, bei der die beteiligten Bürgerinnen und Bürger in Arbeitsgruppen Fragen stellen und eigene Vorstellungen einbringen konnten. Sicher kann man auch dazu „Bürgerbeteiligung“ sagen. Nur: Rückkoppelung gab es keine. Was aufgenommen und was verworfen wurde, die Beteiligten haben darüber nichts erfahren. Auch die Veranstaltung zum Abschluss der Projektphase brachte dazu keine neuen Erkenntnisse.

➤ Und dann kamen die bekannten Sachzwänge: Daimler brauchte Platz (wofür genau ist bis heute nicht bekannt. Daimler selbst weiß es angeblich auch nicht.) und erwarb 60.000 m² Fläche, bisher überwiegend für Sportanlagen genutzt. Eine zusätzliche Erschließungsstraße, quer durch Freizeitflächen, für ein Gelände, dessen zukünftige Nutzung nach wie vor nicht bekannt ist, wurde großzügig zugesagt. Da ein Teil der Sportflächen auf dem Güterbahnhofs Gelände untergebracht werden musste, waren an anderer Stelle rasche zusätzlich Grundstückserlöse von Nöten: Eilfertig entstand eine nie vorgesehene Hotelplanung, die mit dem

ursprünglichen Konzept nichts mehr zu tun hatte

➤ Danach wurde die weitere Planung den Augen und Ohren der Öffentlichkeit ganz entzogen: Ein nicht-öffentlicher Unterausschuss des Gemeinderats beschäftigt sich jetzt damit. Und der FDP gefällt schließlich das Ganze – der sich abzeichnenden Entwicklungskosten wegen – sowieso nicht mehr: Sie beantragt Ende Oktober „zurück auf Los“ und Neubeginn.

➤ Vollends auf den Kopf gestellt wird das angebliche „Bürgerbeteiligungsprojekt Neckarpark“ durch die neueste Entwicklung. Die Stuttgarter Zeitung (14.01.2011, Seite 19) berichtet geradezu begeistert, dass OB Schuster das jetzt selbst in die Hand nimmt:

- Sein Lieblingsprojekt „Mobilitäts- und Erlebniszentrum“ soll wieder erweckt werden. Porsche sagt sofort seine Beteiligung zu.
- Das Gespür unseres OB's sagt ihm, dass „sich das Interesse der Investoren wieder verstärkt“.
- Die Grundstücke für die oben bereits erwähnten Hotels sind jetzt an den Investor verkauft.
- Durch die Gremien von Verwaltung und Gemeinderat spukt das Gespenst einer IKEA-Ansiedlung auf dem Gelände.
- Selbstverständlich bleibt das ganze weiterhin im nicht-öffentlichen Unterausschuss.

Wie soll bei solchen Hirngespinnsten die vom OB ja selbst ins Gespräch gebrachte Bürgerbeteiligung im Neckarpark als Beispiel für sein Zukunftsprojekt „Rosensteinviertel“ überhaupt, geschweige denn in sinnvoller Form, möglich sein?

➤ Ich mag einfach nicht glauben, dass von all dem vollmundigen Gerede des

Dazulernens, der frühzeitigen und konsequenten Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger wieder so gar nichts bleiben soll. Wir dürfen uns diese erneute Demonstration der Stadtplanung nach „Gutsherrenart“ nicht gefallen lassen. |kh|

Kurt Henzler SÖS, stellvertretender Bezirksbeirat Bad Cannstatt und Initiative Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS)



Ohne Investor geht's besser

Investoren sind in Stuttgart gefragte Leute. Der OB hofiert sie, weil sie angeblich Arbeitsplätze sichern. Die IHK nennt sie gar scheue Rehe, die man nicht erschrecken dürfe. Investoren dominieren die Stadtentwicklung Stuttgarts. Sie erhalten vor allen öffentlichen Diskussionen und rechtlichen Verfahren weitgehende Zusagen, sodann großzügige Befreiungen von einengenden Vorschriften. Schließlich stellt der Gemeinderat maß-

geschneiderte Bauungspläne mit höchsten Nutzungszahlen auf. (Verfahrensbezogener Bebauungsplan nennt man das). Das ist tägliche Praxis in Stuttgart. Allem voran: das Bankenviertel A1 hinter dem Bahnhof mit einem Boden-Versiegelungsgrad von 95%. Da Vinci, S-Zentrum, die Um- und Neubauten in der Lautenschlagerstraße, an der Heilbronner und der Willy-Brand-Straße, der Paulinenbrücke, im Leonhardtsviertel und so weiter. Nicht zu vergessen: die Projekte der Firma Häussler im Stuttgarter Osten in und um die Villa Berg und am Mineralbad Berg. Die Folgen: Monostrukturen und

Monofunktionen, Vertreibung finanzschwacher Bevölkerungsteile, steigende Kfz-Verkehrsbelastung und Kfz-Emissionen, Verlust an Ausgleichsflächen, Wärmestress und schlechtere Durchlüftung des Stadtzentrums bleiben an uns BewohnerInnen hängen. Natürlich gibt es auch Investoren, die scheitern, Investitionsabsichten, die fehlschlagen. Das liegt in der Natur der Sache. Spekulation bleibt Spekulation, trotz aller Absicherungen und Hilfestellungen durch die Politik. Nun ist eingetreten, wovon Insider schon länger gemunkelt haben: die Häussler Gruppe ist insolvent. Wel-

Vom Wohltäter zum Bankrotteur

Mindestens in seinem Wohnort Vaihingen gilt Rudi Häussler bis heute als Wohltäter, weil er dem Stadtbezirk ein Bürgerzentrum geschenkt hat. Dass er sich die Miete für sein Geschenk gleich für dreißig Jahre im Voraus von der Stadt bezahlen ließ und das Gebäude dann noch vor Fertigstellung an einen Immobilienfond verkaufte, ist weniger bekannt. Dafür mehr ein rührseliger Artikel in einer Stuttgarter



Zeitung über den großen Sohn der Stadt unter der Überschrift „Rudi Häussler: Mein Vaihingen“. Manch einer ahnte da schon: „Wenn der mein sagt, dann meint der mein“.

In der Tat: Der Senator h.c. Rudi Häussler durfte in Stuttgart schon immer machen und vor allem bauen als gehöre die Stadt ihm.

> Immer lief es für ihn und sein Imperium wie geschmiert. Sein Erfolgsrezept war der Direktkontakt. Noch heute bekommen Wirte gehobener Vaihinger Lokalisation glänzende Augen, wenn sie an die opulenten Abendmahle mit wichtigen Männern aus Stadt- und Bankenwelt auf Rechnung des Senators denken. Noch nie leiden konnte es der Senator aber, wenn sich normale Bürger einmischten. Das entsprach nicht seinem Motto: Tue Gutes, rede darüber und verdiene daran. Als Vaihinger Bürger verlangten, für ihren Ortskern statt nur Büros und Einkaufstempeln auch Wohnungen einzuplanen, erklärte der Senator, er investiere nicht in Leerstände und nannte den Bürgersprecher „Stinkstiefel“. Ein Drittel des Geländes blieb dann unbebaut, weil sich für Büros keine Abnehmer fanden.

Wohnungen ließ der Senator dafür auf einem als Grünzone vorgesehenen Bereich bauen. Die Käufer der Luxuswohnungen mussten allerdings bereits drei Jahre nach Einzug wieder evakuiert werden, weil der Gips von den Decken fiel. Häusslers Schadensersatzklage gegen die Baufirma konterte diese damit, dass die Leistung noch gar nicht bezahlt worden sei. Luxuswohnungen sollten es, nach dem Rosenpark in Vaihingen, auch im Seepark am Ortseingang von Möhringen werden. Damit diese sich besser verkaufen lassen, bestand Häussler auf das Abschieben eines Kindertagesheims an die Hauptstraße. Wieder lief es wie geschmiert.

> Doch dann wurde er krank, der Senator, was besonders bei Alleinherrschern erhöhte Risiken birgt. Eine Großbank sperrte zweckfremd eingesetzte

che Firmenteile von der Pleite betroffen sind, steht noch nicht endgültig fest. Das Projekt am Mineralbad Berg, ein fünfstockiges „Wellness-Boardinghouse“ mit angegliederten Eigentumswohnungen, scheint betroffen. Manch einer mag darüber erschrecken. Wir hingegen sehen das positiv. Häusslers Ende eröffnet die Möglichkeit zum Stopp des bisherigen Bebauungsplanverfahrens. Zusammen mit der Bevölkerung kann der Gemeinderat die völlig überzogene Bebauung am Mineralbad überdenken. Nötig sind ein Abspecken des nach Häusslers Interessen aufgestellten Bebauungsplans,

eine Anpassung an die klimatischen Anforderungen des Standortes, Reduzierung der Verkehrsmengen und kleinteiliger Wohnungsbau für Bauherrengemeinschaften. Auch für die Villa Berg und deren Park entstehen neue Chancen. Statt Luxus-Eigentumswohnungen an Stelle der SWR-Bauten im Park, wollen wir dessen Erweiterung. Wir wollen eine öffentliche Nutzung der Villa statt eines Geschäftsclubs. Der Bezirksbeirat scheint sich über die Fraktionen hinweg in diesem Sinne einig. Bleibt abzuwarten, was die öko/soziale Mehrheit im Rathaus daraus macht. [ur]



Erinnerung an bessere Zeiten: Senator h.c. Rudi Häussler und sein Baggerfahrer OB Wolfgang Schuster beim Abriss für das Insolvenzprojekt Seepark am Möhringer Probstsee

Kredite und die Pleite war da. Häussler war empört, weil er das doch schon immer so gemacht hat.

Auch des Senators List, sein Imperium durch hoch verschachtelte zahlreiche Unternehmensteile möglichst undurchsichtig und damit weniger angreifbar zu machen, kehrte sich in ihr Gegenteil: Der Seepark-Pleite folgten umgehend weitere. Wirtschafts-Esoteriker haben übrigens noch eine andere Ursache für die Häussler-Pleite ausgemacht: Es läge am Ort, sagen sie.

> Schon einmal habe das Imperium eines Mannes, der wie Häussler das eine Projekt mit dem nächsten zu finanzieren pflegte, mit einem Großprojekt eben in Möhringen sein Ende gefunden. Auch der hatte lange als Wohltäter und Kunstmäzen gegolten und sich mit einer hoch komplizierten Unternehmensstruktur profitabel und hoch geschätzt gut durch die Zeiten gebracht. Der „Tanz der Vampire“, der einen Hinweis hätte geben können auf den Charakter der Häusslers und Deyhles, wurde so auch erst Jahre nach dessen Bankrott in seinem einstigen Projekt, der Möhringer Music-Hall aufgeführt. Der Mann ist im Übrigen inzwischen auf dem Markt für alternative Heilungskonzepte aktiv. Nur so als Tipp für den alten Senator, der keine Ruhe geben will. [gw]

Gerhard Wick SÖS, Bezirksbeirat Vaihingen und Initiative gegen einen Fernomnibusbahnhof (IgFOB)

Utz Rockenbauch SÖS, Bezirksbeirat Ost und Feinstaubinitiative Neckartor



Untersuchungsausschuss: Mir senns ned gwäsa!

Aus der Rede von Volker Lösch 10.01.2011

Nach der Offenlegung der gravierenden Mängel von S21 und der Abwägung beider Konzepte hätte Heiner Geißler anders entscheiden müssen! Er hat mit seinem Spruch das Projekt bewertet – hätte aber für eine Abstimmung plädieren müssen! Er hat das verhindert, was er selber immer gefordert hat – die Etablierung eines neuen Demokratiemodells! Und dass das nicht passiert ist, das ist ein Skandal!

Ähnlich skandalös sind die Ergebnisse des so genannten Untersuchungsausschusses zu bewerten. Der, wie der Name schon sagt, ermitteln, recherchieren sollte, herausfinden, was am 30. September im Schlossgarten wirklich geschah. Schon die Zusammensetzung ließ befürchten – in der überwiegenden Mehrheit Stuttgart 21 Befürworter – dass eine neutrale und sachliche Wahrheitsuche eher nicht stattfinden wird. Von Seiten der CDU und FDP Politiker wurde in meinem Fall noch nicht einmal der Versuch gemacht! Man wollte von mir wissen, ob ich Internet-Seiten des Widerstandes kenne oder mitgestalte, ob ich Protestgruppierungen angehöre, usw. Man fragte mich, warum ich nicht getan habe, was die Polizei verlangt hat, nämlich den Weg frei zu räumen und ähnliches. Das Ganze sollte suggerieren, ich sei militant und radikal, und da ich mich nicht an vermeintliche Gesetze halte, auch selber schuld daran, dass ich Gewalt erfahren habe.

Es wurden sogar meine Zeugenaussagen bezweifelt! Die von mir beschriebenen und beobachteten willkürlichen Prügelattacken von Polizeibeamten wurden bezweifelt und belächelt.

An Fragen zu Polizeigewalt, das eigentliche und einzige Ausschuss-Thema, hatte nur ein Kollege der Grünen-Fraktion Interesse. Bei der Beantwortung dersel-



ben wurde von der Mehrheit demonstratives Desinteresse an den Tag gelegt. Anderen Zeugen ist es ähnlich ergangen. Dieser so genannte Untersuchungsausschuss war eine Alibi-Veranstaltung! Es wurden die Strukturen und Aktionen des Widerstands gegen S21 untersucht und nicht das Vorgehen der Polizei! Letztlich wurde Herrn Mappus Kollegen eine Bühne bereitet, die sie natürlich genutzt haben. Nicht, um sich zu entschuldigen, oder um so etwas wie Wahrheit auf den Grund zu gehen, sondern um in verschiedensten Versionen herunterzubeten: „wir senns ned gwäsa!“ Für die von der Polizei veranstaltete Gewaltorgie wird also niemand die Verantwortung übernehmen, weder direkt noch indirekt. Es gibt und gab keine personellen Konsequenzen! Das heißt dann im Einzelnen, dass ein

Rentner unschuldig erblindet ist, ist nicht nur hinnehmbar, sondern auch noch seine eigene Schuld! Das ist feige und das ist rückgratlos! Der parlamentarische Untersuchungsausschuss setzt sich in der Mehrheit aus Mitgliedern der Regierungsparteien zusammen. Sein bizarres Vorgehen – also scheinbar Fragen stellen, um wichtige Fragen zu unterdrücken – ist symptomatisch für den Politikstil der jetzigen Regierung: Sachverhalte ignorieren, politisch versagen, Beschwerden abwehren und dann ablenken, Vorgänge klein reden und verschleiern, Lösungen vortäuschen, in Wirklichkeit nichts tun und das Ganze dann aussitzen.

Volker Lösch ist Regisseur. Er arbeitet in Hamburg, Bremen, Berlin, Montevideo und Stuttgart, wo er auch lebt.



Angeklagt: Demokratieverteidiger!

In den nächsten Wochen finden dutzende Prozesse gegen Blockierer statt. Wir rufen auf: Nehmt als Prozessbeobachter teil. Alle Angeklagten haben besonderen Mut gezeigt und ihre Bürgerrechte wahrgenommen. Deshalb gehören sie nicht angeklagt, sondern für ihr Bürgerengagement ausgezeichnet. Sie haben sich um die Demokratie besonders verdient gemacht. Auch ist es Ihnen zu verdanken, dass die so genannte Schlichtung überhaupt stattgefunden hat, dass die zum Teil lebensgefährlichen S21 Planungen aufgedeckt wurden. Angeklagt gehören die Verantwortlichen des Schwarzen Donnerstags. Die Prozesse müssen alle eingestellt werden. |red|

Stuttgart 21 ist eine unheilbare Fehlplanung

Der Schlichterspruch aus der Filderperspektive. Auszüge aus der Rede am 20.12.2010 von Steffen Siegel

Wir von den Fildern behaupten: Heiner Geißler unterschlägt in seinem Schlichterspruch bewusst die Probleme des Filderbereichs. Im Schlichterspruch z.B. fordert Heiner Geißler für die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, dass die vier dort noch nicht planfestgestellten, aber immerhin schon erörterten Abschnitte „so rasch wie möglich rechtlich abgesichert“ werden müssten. Er begründet dies groteskerweise folgendermaßen: „[...] da die Bahn mit den Bauarbeiten fortfahren will.“

Auf den Fildern dagegen, mit seinem Fernbahnhof unter der Messe, mit seinem Mischverkehr auf S-Bahntrassen, mit der windigen Ausnahmegenehmigung für diesen nach dem Tiefbahnhof schwierigsten Abschnitt von S21, wurden bisher noch nicht einmal Pläne veröffentlicht.

„Die Filder ist ein wesentlicher Teil von S21 und dafür gibt es nicht den Hauch einer Baugenehmigung.“

Es gab keine Anhörung oder Erörterung und damit erst recht keinen Planfeststellungsbeschluss. Heiner Geißler weiß dies, d.h. er hat diesen dramatischen Umstand in seinem Schlichterspruch bewusst nicht angesprochen. Heiner Geißler lobt in seinem Schlichterspruch raffiniert unsere Kopfbahnvariante als eine „attraktive Variante“. Diese sei allerdings nicht umsetzbar, weil es dafür keine ausreichende Planung gäbe und er fährt wörtlich fort: „Für Stuttgart 21 dagegen gibt es eine Baugenehmigung.“ So ein Quatsch! Die Filder ist ein wesentlicher Teil von S21 und dafür gibt es nicht den Hauch einer Baugenehmigung.

Der Filderbereich gilt als schlimmes Nadelöhr.

> Die Gäubahnen müssen sich mit mehreren S-Bahnen die Trassen streitig machen, mit den ICE's aus Ulm, mit den Regionalzügen aus Tübingen usw. höhengleiche Kreuzungen meistern, Bahnhöfe nur einseitig befahren, eingleisige Stücke mit dem Gegenverkehr abstimmen usw. usw. Dies alles ist fahrplantechnisch nicht beherrschbar. Also blanker Murks. Und das nach 16 Jahren Planung!

> Aber auch auf anderen Gebieten vergisst Geißler die Filder: Zitat: „Die bisher vorgesehenen Maßnahmen im Bahnhof und in den Tunnels zum Brandschutz und zur Entrauchung müssen verbessert werden [...] die Fluchtwege sind

barrierefrei zu machen“. Ja richtig! Aber, damit müsste als erstes die Ausnahmegenehmigung für die viel zu engen, auch von Fernzügen genutzten S-Bahntunnel auf den Fildern zurückgenommen werden, wodurch eine völlig neue Planung nötig würde.

Aber auch der 5 Stockwerke tiefe Fernbahnhof unter der Messe kann im Störfall zu einer lebensbedrohlichen Falle werden. Dieser Bahnhof ist eigentlich nicht genehmigungsfähig.

> Heiner Geißler fordert: „Die Gäubahn bleibt [...] erhalten und wird leistungsfähig [...] an den Tiefbahnhof angebunden.“ Die logische Folgerung aus diesem Vorschlag ist es, den gefährlichen und extrem störanfälligen Mischbetrieb auf der Filder-S-Bahntrasse völlig aufzugeben und eine Anbindung der bestehenden Gäubahn an den Tiefbahnhof einzuplanen. Dies wiederum bedingt wohl ein 9. und 10. Gleis im Tiefbahnhof, was ja der Chefplaner Prof. Heimerl ohnehin für zwingend notwendig hält. Wenn die Gäubahn wieder direkt über Vaihingen nach Stuttgart fahren sollte, müsste man die angeblich so wichtige Flughafenanbindung aufgeben. Glaubt ihr wirklich, die lassen sich 1,2 Millionen mehr Fluggäste durch die Lappen gehen? Und die zweite Startbahn lässt auch schön grüßen!

> Heiner Geißler ist ein intelligenter Mensch. Es kann nicht sein, dass er nach diesem langen Schlichtungsverfahren dies alles nicht sieht. Was also steckt dahinter? Hat er die Probleme des Filderabschnitts unterschlagen, weil eine Befassung damit unweigerlich zum Stopp der S21 Planung geführt hätte? Wie ist es möglich, im nächsten Jahr (2011) in Stuttgart mit dem Bohren des Fildertunnels zu beginnen, ohne zu

wissen ob und wie es am anderen Ende des Tunnels auf den Fildern weitergehen soll? Warum wird jetzt in Stuttgart mit den Ausschreibungen und mit den Baustelleneinrichtungen und dem Wassermanagement so hektisch weiter gemacht? Wir fordern ein Innehalten, einen klaren Baustopp wenigstens bis die Filderprobleme gelöst sind. Wer im Jahr 2011 ohne Not mit dem Bau des Filderaufstiegsstunnels beginnt, handelt grob fahrlässig.

„Wir fordern ein Innehalten, einen klaren Baustopp wenigstens bis die Filderprobleme gelöst sind.“

Schließlich sagt Heiner Geißler: „Die Zeit der Basta-Politik ist vorbei.“ Geißler sagt aber auch sinngemäß: Baut weiter, auch ohne jede Baugenehmigung auf den Fildern, ohne dass die Finanzen geklärt sind, ohne das Problem des durch S21 zunehmenden Flugverkehrs angesprochen zu haben, ohne die Ausnahmegenehmigung zu problematisieren, ohne das Nadelöhr Filder wirklich zu lösen, ohne den 30 Meter tiefen Fernbahnhof zu werten, an dem nur alle zwei Stunden ein ICE hält, ohne auf die mindestens 250 Meter Abstand des Fernbahnhofs vom Gäubahn-S-Bahnhof einzugehen, ohne zu klären, was auf der Gäubahntrasse passieren soll, usw., eben einfach BASTA! Mehr Basta geht nicht!

> Fazit: Stuttgart 21 ist nicht nur eine Fehlplanung, Stuttgart 21 ist eine unheilbare Fehlplanung.

Steffen Siegel ist Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Filder, die unter anderem erfolgreich die zweite Startbahn am Stuttgarter Flughafen verhindert hat.



Denkpause? Denk mal!

Zum Stand der Auseinandersetzung ums Hotel Silber

Oberbürgermeister Wolfgang Schuster hat eine „Denkpause“ verordnet für die Auseinandersetzung um das Neubauprojekt am Karlsplatz. Bis zur Landtagswahl soll nicht mehr diskutiert werden, ob es verantwortlich ist, das Hotel Silber, die ehemalige Gestapozentrale für Württemberg-Hohenzollern, abzureißen und so das zentrale Monument der NS-Schreibtischäter aus dem Stadtbild zu entfernen. Der OB möchte das Thema aus dem Landtagswahlkampf heraushalten, er möchte die in dieser Auseinandersetzung uneinigen Grünen nicht „politisch vorführen“. Er möchte abwarten, welche Regierung nach dem 27. März das Sagen haben wird. Deshalb wird das Thema bis dahin nicht im Technikausschuss und im Städtebauausschuss des Gemeinderats erörtert werden. Folge: Die Ausschüsse werden damit vorläufig nicht über die zahlreichen schriftlich eingereichten und am 1. Dezember 2010 mündlich vorgebrachten Einwendungen aus der Bürgerschaft informiert werden. Und die Fraktionspitze der Grünen muss nicht zeigen, ob und welche Schlüsse sie aus der Bürgerbeteiligung und ihrem Mitgliedervotum gezogen hat. Offen bleibt bei Schusters „Denkpause“, ob ihm eine Pause vom Denken oder eine Pause zum Denken vorschwebt. Ich empfehle das Zweite. Dazu einige Denkanstöße:

- Die Landespolitiker könnten darüber nachdenken, warum außer einer für Passanten nicht sichtbaren Gedenktafel im Eingangsbereich des Hotel Silber bisher nichts dafür getan wurde, diesen zentralen Ort des NS-Terrors im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, ob es nach einer langen Geschichte der Verdrängung nicht Zeit ist, sich der historischen Verantwortung zu stellen, das authentische Gebäude für das überfällige NS-Dokumentationszentrum für Stuttgart und Württemberg zur Verfügung zu stellen, und ob das nicht Vorrang hat vor der Unterbringung von Ministerialbüros in bester Citylage. Kein Ort wäre besser geeignet, um mitten in Stuttgart endlich eine Auseinandersetzung mit der Verstrickung der

Landesbehörden in die NS-Verbrechen möglich zu machen. Die Landespolitiker könnten auch darüber nachdenken, warum sich andere Städte und Länder solche Zentren leisten, Bayern gar zwei, in Stuttgart aber ein das Geschehen verfälschender „Gedenkkeller“ reichen soll.

- Der Investor Willem G. van Agtmael könnte darüber nachdenken, was eigentlich Breuninger nützt und was schadet. Ob es dem Ruf seiner Firma nicht schadet, wenn er das Neubauprojekt gegen den Bürgerwillen durchdrückt. Warum sich, wie die Historikerin Linde Apel von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg bei der Anhörung im Stuttgarter Rathaus im Juli 2010 erklärte, „heute stadtplanerische und international neue urbane Bauvorhaben besser vermarkten lassen, wenn man nachweisen kann, dass die dunklen Seiten der Geschichte nicht überbaut werden“. Sie bezog sich dabei auch auf die Erfahrung in der Hamburger Hafencity. Ob es der Firma Breuninger nicht nützen könnte, wenn in unmittelbarer Nähe des Stammhauses ein lebendiges Bildungszentrum entsteht, das Besucherinnen und Besucher weit über Stuttgart hinaus anzieht. Ob sich Breuninger also nicht im eigenen Interesse für eine Lösung einsetzen sollte, die den Erhalt des Hotels Silber im Rahmen des Neubauprojekts möglich macht. Willem G. van Agtmael könnte so zeigen, dass er die richtigen Lehren aus der Geschichte seines in die NS-Verbrechen verstrickten Vorgängers Alfred Breuninger gezogen hat.
- Die Fraktionspitze der Grünen könnte darüber nachdenken, wie es auf Bürgerinnen und Bürger, die gegen Stuttgart 21 demonstrieren, wirken würde, wenn sie am Bahnhof das Respektieren des Bürgerwillens einfordert, am Karlsplatz aber das Votum der Bürgerinitiative, der Bürgerbeteiligung und der eigenen Mitglieder übergeht. Und wie es auf ihre Wähler wirken würde, wenn sie in dieser für die Stadtkultur und die Stadt-

Termine:

- Montagsdemo gegen S21 jeden Montag, 18 Uhr vor dem Hauptbahnhof
- Großdemo gegen S21 Samstag, 29. Januar 2011, 14 Uhr vor dem Hauptbahnhof
- Landesweiter Aktionstag gegen S21 von BUND und Campact Samstag, 5. Februar 2011
- Großdemo gegen S21 Samstag, 19. Februar 2011, 14 Uhr Schlossplatz
- Demokratiekongress Sonntag, 27. Februar 2011 Ort wird noch bekannt gegeben
- Landesweiter „Kein S21 Tag“ Samstag, 5. März 2011
- Großdemo gegen S21 Samstag, 19. März 2011, 14 Uhr Schlossplatz



Foto: Roland Hägele

Das ehemalige „Hotel Silber“

entwicklung so bedeutsamen Frage, die Chance der „neuen Mehrheit“ im Gemeinderat verschenkt und mit CDU/FDP/FW für den Abriss stimmt.

- Und alle Kommunalpolitiker könnten darüber nachdenken, ob die bisher entwickelte Planung städtebaulich überhaupt sinnvoll ist, ob nicht Schluss gemacht werden sollte mit der unseligen Stuttgarter Tradition der Zerstörung historischer Bausubstanz, ob tatsächlich die Innenstadt belebt wird, wenn hier ein Büroklotz entsteht, der nach 17 Uhr tot ist, oder ob hier nicht ein wirklich lebendiges Viertel entstehen sollte, das Wohnen, Einkaufen, Ausgehen und Bildung verbindet.

Und wir? Wir denken, für wie dumm uns der Oberbürgermeister dieser Stadt eigentlich verkaufen will, wenn er ausgerechnet im Wahlkampf eine Denkpause für ein wesentliches landespolitisches Thema anordnet, wohl in der Hoffnung nach der Wahl wieder nach Belieben schalten und walten zu können ohne lästige Rücksicht auf Bürgervoten. Doch wir können dafür sorgen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Oben bleiben am Bahnhof! Stehen bleiben in der Dorotheenstraße! |hs|

Harald Stinglele, Initiative Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Vi.S.d.P. Hannes Rockenbauch
Druck: UWS Papier & Druck GmbH
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) und DIE LINKE. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Maria-Lina Kotelmann, Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Ulrike Küstler und Tom Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktion gebildet.


Fraktionsgemeinschaft